

Budgetierung belastet den Berufsstand

AG KZVen beraten über Umgang mit GKV-Finanzstabilisierungsgesetz



Acht KZVen tagten Anfang Juni in Bayern. Die Teilnehmer diskutierten intensiv über den Umgang mit der Budgetierung zahnmedizinischer Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz und die Wiedereinführung der strikten Budgetierung beschäftigt auch die acht KZVen, die Anfang Juni in Bayern tagten.

Der Arbeitsgemeinschaft gehören die KZVen Baden-Württemberg, Bayerns, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Westfalen-Lippe an. Die KZV Mecklenburg-Vorpommern war als Gast dabei. Sie waren sich einig, dass die Begrenzung der Mittel für zahnmedizinische Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung die wohnortnahe Versorgung gefährdet. Die Niederlassungsbereitschaft werde weiter sinken. Den Patienten drohten weite Wege und lange Wartezeiten für einen Zahnarzttermin. Wie dramatisch die Aus-

wirkungen der Budgetierung sein werden, hänge erheblich von den Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen ab.

Mit einigen Kassen konnte die KZVB durchaus positive Verhandlungen führen. Bei der größten in Bayern tätigen Kasse wird sich jedoch noch zeigen, wie kompromissbereit sie ist.

Mit dem Budgetradar immer auf dem aktuellen Stand

Die KZVB informiert ihre Mitglieder zudem seit April mit einem Budgetradar über den aktuellen Stand der Budgetausschöpfung. In die Hochrechnung fließen neben den Abrechnungszahlen des Vorjahres auch die Punktwert- und Budgeterhöhungen

des laufenden Jahres ein. Wenn sich bei einer Krankenkasse Budgetüberschreitungen abzeichnen, können die Zahnärzte entsprechend darauf reagieren.

Außerdem unterstützt die KZVB ihre Mitglieder bei bayernweiten Infoveranstaltungen darin, die Schnittstellen zwischen Bema und GOZ zu erkennen und zu nutzen (siehe Seite 10). Denn: Niemand kann es sich auf Dauer erlauben, Leistungen anzubieten, die nicht kostendeckend sind. Doch genau das könnte der Fall sein, wenn es aufgrund der Budgetierung zu Rückbelastungen kommt. Weitere Themen bei der Sitzung waren der Fachkräftemangel, die Digitalisierung und das Gutachterwesen.

Redaktion KZVB